

Die Sozialdemokratie im Industriegebiet.

3. Aus dem Industriegebiet, 27. März. Die Mandate von sieben Wahlkreisen im niederrheinisch-westfälischen Industriegebiet sind zurzeit im Besitz der Sozialdemokratie. Die Inhaber sind: Dittmann (Venneper-Reinsfeld), Scheidemann (Solingen), Haberland (Düsseldorf), Ebert (Elberfeld-Barmen), Dr. Erdmann (Dortmund), König (Hagen) und Spiegel (Altena-Iserlohn). Davon gehören sechs der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an, nur einer, Dittmann, ist der neuen Fraktion der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft beigetreten. Dieses Verhältnis 6:1 dürfte aber für die Masse der sozialdemokratischen Parteigänger im Industriegebiet, wenn man ihre Gefolgschaft für die alte Mehrheit oder für die neue Mehrheit in Betracht zieht, schwerlich zutreffen. Die radikale Linke hat hier verhältnismäßig mehr Anhänger, als in der Zahl der Mandate zum Ausdruck kommt. Bei den stetigen wirtschaftlichen Kämpfen in diesem Gebiet ist es eine natürliche Erscheinung, daß der Radikalismus, die revolutionäre Propaganda hier mehr Anhänger finden kann, als die gemäßigtere Louart der revisionistischen Richtung in der Sozialdemokratie. Die jetzige Spaltung in der Fraktion wird hierin vorläufig keine Verschiebung zugunsten des rechten Flügels bringen. Schon in der Presse überwiegt die radikale Richtung. Neben dem Bochumer Volksblatt steht nur noch die Dortmunder Arbeiterzeitung auf der Seite der Mehrheit der Reichstagsfraktion. Für eine Politik im Sinne der neuen Fraktion Haase-Debour-Dittmann wirkten schon lange die Essener Arbeiterzeitung, die Düsseldorfer Volkszeitung und die Elberfelder Freie Presse. Aber selbst diesen radikalen Blättern kamen die Vorgänge vom 24. März etwas überraschend. Die Essener Arbeiterzeitung gibt dies offen zu, meint aber schließlich:

Für die Partei braucht nach unserer Auffassung die neue Fraktions-spaltung ebensowenig eine Spaltungsgefahr zu bedeuten wie die Vorgänge im Dezember. Die Genossen, die auf dem Standpunkt der Mehrheit stehen, wollen mit verschwindenden Ausnahmen eine solche Spaltung nicht, sie werden ihr durch Kräftigung der Organisation entgegenarbeiten. Haben sie doch nun die Gewähr — dank dem unberechtigten Beschlusse der Fraktionsmehrheit —, daß im Reichstag auch so gesprochen wird, wie es ihrer Auffassung entspricht.

Nach der Düsseldorfer Volkszeitung ist die neue Fraktion Haase-Debour die Vertretung des prinzipiellen Sozialismus. Dieses Blatt schreibt:

So hat also die Fraktionsmehrheit ihr Kriegswort getront und die Vertreter des prinzipiellen Sozialismus vor die Tür gesetzt. Daß der fragliche Beschluß nur mit 58 gegen 33 Stimmen gefaßt wurde, müßte auch den Scheidemännern zu denken geben. Wie selbstverständlich jubelt die bürgerliche Presse unter Ausfällen gegen die Minderheit über diese „Spaltung der Partei“. Wir sehen die Dinge vorläufig noch kühler an. Spaltung der Fraktion ist noch nicht notwendig Spaltung der Partei. Aber das letztere haben die Parteigenossen zu bestimmen, und wer vermöchte vorderhand beweisen, daß sie überwiegend der Politik der Mehrheit folgen.

Die Elberfelder Freie Presse findet, daß die Vorgänge vom 24. März eine bedauerliche Erscheinung seien, über die sie keine Erleichterung und Freude empfinde, teilt aber den Standpunkt der Minderheit vollständig. Es sei eine verhängnisvolle Überstürzung und ein grober Fehler gewesen, den 18 Genossen ihre Rechte zu nehmen; das hätten sich diese nicht gefallen lassen können, sie seien aus der Fraktion getrieben worden. Parlamentarisch ist nach der Essener Arbeiterzeitung die Fraktionsspaltung deshalb von Bedeutung, weil durch diese Spaltung die sozialdemokratische Fraktion nicht mehr die stärkste sei, also im Plenum die ersten Redner wieder an das Zentrum abgeben müsse.

Ganz anders wie in den radikalen Blättern lautet das Urteil in der Dortmunder Arbeiterzeitung. Dort wird u. a. gesagt:

Die Sondererklärung Haases hat Folgen gezeitigt, über die nur die Todfeinde der Arbeiterklasse ihre reine Herzensfreude haben werden. Die sozialdemokratische Partei befindet sich mitten in einer Katastrophe, sie kann ihr nicht mehr entkommen. Es nützt nichts, von der schweren Verantwortung der Schuldigen zu reden, wenn diesen das Verantwortungsgefühl fremd ist. Unter der stillen, unverschämten Freude unserer Gegner und der Regierung spielte sich der bedauernde Vorgang öffentlich im Parlament ab. Er wird furchtbare Folgen nach sich ziehen! Es ist in der Parteigeschichte ein einzig dastehender Disziplinbruch, den Haase begangen. Die zwanzig Genossen, die in der Debatte durch Geber ihre Absehung der Kriegskredite begründen ließen, hatten das vorher der Fraktion mitgeteilt, so daß diese dazu Stellung nehmen konnte. Haase hat das nicht getan. Die Handlung Haases hat die Fraktion geprengt und zersplittert — die sozialdemokratische Partei. Was ein Bismarck mit seinem Sozialistengesetz nicht fertig gebracht, ist der Minderheit durch Verschönerung Haases gelungen. Unsere Opposition hat zur Freude unserer Gegner uns die Hoffnung zunichte gemacht, daß wir nach Kriegsbeendigung die Arbeitermassen in einer riesigen Organisation sammeln könnten, um dann erneut und erfolgreich für die Rechte der Proletarier zu kämpfen. Nur wenn die proletarischen Massen sich erst mehr wirtschaftliche und politische Rechte erkämpfen haben werden, können sie eine höhere Kulturstufe erklimmen, in sich selbst zu machen für die Erfüllung ihrer historischen Aufgabe: Die Verwirklichung der sozialistischen Ideen.

Eines ist immer festzuhalten: beide Teile, die Mehrheit und die neue Fraktion, wollen dasselbe Endziel der Partei streben, die Verwirklichung der sozialistischen Ideen. Aus diesen Gründen seien zwei Dinge hervorgehoben, aus der radikalen Düsseldorfer Volkszeitung die Ansicht, daß erst zu beweisen sei, daß die Parteigenossen überwiegend der Politik der Mehrheit folgten, und aus dem Dortmunder Blatt die Meinung, daß die Hoffnung auf Sammlung einer riesigen sozialdemokratischen Organisation am Ende des Krieges vernichtet worden sei. Die Stim-

mung der Mehrheit der Parteigenossen im Industriegebiet steht nicht immer im Einklang mit der parlamentarischen Haltung des Mandatsinhabers des jeweiligen Wahlkreises. Im Wahlkreis Düsseldorf, dessen Abgeordneter Haberland zur Mehrheit hält, haben die Parteifunktionäre in ihrer Mehrheit sich für die Politik der Minderheit erklärt. Im Wahlkreis Scheidemanns, in Solingen, ist die Stimmung dieselbe. Im Wahlkreis des Abg. Ebert, des Vorsitzenden der Reichstagsfraktion, in Elberfeld-Barmen, billigten die Parteifunktionäre in ihrer Mehrheit die Kriegskreditbewilligung, aber das Genossenblatt, die Freie Presse, schwimmt ganz im Fahrwasser der Minderheit. Im großen und ganzen hat die Politik der Gruppe Haase-Debour-Liebnecht unter den sozialdemokratischen Wählermassen im Industriegebiet einen nicht zu unterschätzenden Anhang, und der Hinweis des Düsseldorfer Genossenblattes, daß erst zu beweisen sei, ob die Parteigenossen überwiegend der Politik der Mehrheit folgten, ist wenigstens für das Industriegebiet nicht ganz unbegründet.

Bei allen diesen Beobachtungen und Erfahrungen handelt es sich lediglich um die Parteigenossen hinter der Front. Wie das Bild sich ändern wird, wenn einmal die jetzt zur Fahne gerufenen Arbeitermassen nach dem Ende des Krieges wieder politisch sich betätigen können, darüber kann man heute sich nur in Vermutungen äußern. Für die Organisation der Sozialdemokratie wird dann den Führern eine der schwierigsten Aufgaben erwachsen. Das Rückgrat der Sozialdemokratie ist, wie in allen industriellen Gauen, so auch im niederrheinisch-westfälischen Industriegebiet, der Arbeitnehmerverband, die Gewerkschaft. Die freien Gewerkschaften haben aber unter den Wirkungen des Krieges ungeheuer gelitten, wie jüngst in der Dortmunder Arbeiterzeitung einer der Führer, August Winnig, nachwies. Am Schluß des zweiten Vierteljahres 1914, also vor dem Ausbruch des Krieges, zählten die sozialdemokratischen freien Gewerkschaften 2 510 500 Mitglieder, am Schluß des zweiten Vierteljahres 1915, also nach dem ersten Kriegsjahr, dagegen nur noch 1 180 400 Mitglieder. Da bis dahin 1 061 400 Mitglieder ausgemustert waren, ergab sich schon nach dem ersten Kriegsjahr nach dem Abzug der zur Fahne Eingezogenen ein wirklicher weiterer Verlust von 268 700 Mitgliedern. Nach Winnigs Darstellung ist dieser Verlust aber doppelt so groß, weil innerhalb dieser Zeit die berichtenden Verbände 243 800 neue Mitglieder aufgenommen hatten, so daß sich, abgesehen von den Ausgemusterten, tatsächlich ein Verlust von 512 500 Mitgliedern im ersten Kriegsjahr für die freien Gewerkschaften ergibt. Die Hauptursache dieses Verlustes liegt in den tiefgreifenden Änderungen im deutschen Wirtschaftsleben in den ersten Zeit des Krieges. Sehr wichtig ist es deshalb, wie Winnig sagt, daß „die im Felde stehenden Gewerkschaftsmitglieder bei ihrer Rückkehr Organisationen vorfinden, die in ihrer Aktionsfähigkeit genug Anziehungskraft besitzen, um diese Massen wieder an sich zu fesseln.“ Dahin zielt auch die jetzige Bemerkung der Dortmunder Arbeiterzeitung, daß die Opposition Haase und Genossen die Hoffnung zunichte gemacht habe, daß die Sozialdemokratie nach dem Kriege die Arbeitermassen in einer riesigen Organisation sammeln könnte. Welche Stellung werden nun die freien Gewerkschaften zu der Spaltung in der Fraktion nehmen? Die Gewerkschaftsführer, die zugleich Parlamentarier sind, zählen durchweg zur Mehrheit, wie nach den Erklärungen vieler Gewerkschaftsführer in dem

Janssonschen Buche „Arbeiterinteressen und Kriegserlebnisse“ auch nicht anders zu erwarten war. Aber in einzelnen Gewerkschaften stehen nicht alle Mitglieder auf demselben Standpunkt. In der größten freien Gewerkschaft, im Metallarbeiterverband, der vor dem Kriege mehr als eine halbe Million Mitglieder zählte, gibt es nicht wenige radikale Elemente; in andern größern Gewerkschaften finden sich ebenfalls solche, wenn auch nicht in so erheblichem Maße. Die Spaltung der Fraktion dürfte deshalb nicht ganz spurlos an den Verbänden vorübergehen.

Diese sich stetig türmenden Schwierigkeiten für die Zeit nach dem Kriege machen die rasche Entschlossenheit erklärlich, mit welcher die Mehrheit der Fraktion das Lichtschwert zwischen sich und Haase und Genossen zerschneiden hat. Hier im Industriegebiet werden jetzt die Anhänger der Politik der neuen Fraktion alles daran setzen, die Zahl der Anhänger dieser Richtung zu mehren. Der Abg. Wolfgang Heine hat in seiner, auch in der Kölnischen Zeitung mitgeteilten, Betrachtung über die Krisis in der Sozialdemokratie gesagt: „Freilich von der Regierung und andern Parteien wird es abhängen, ob die Richtung der Haase und Genossen der verdienten Bedeutungslosigkeit verfällt, oder ob sie weiterhin einen lähmenden und Deutschland vor dem Ausland beschämenden Einfluß ausüben kann.“ Heine hätte zu der Regierung und den andern Parteien noch einen Dritten hinzufügen können: die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Von ihrer Klugheit und Taktik wird vieles abhängen. Schon Scheidemann hat am 24. März den Haase und Genossen zugerufen: „In der Stunde der Not läßt der deutsche Arbeiter sein Vaterland nicht im Stich.“ Mit diesem Geiste muß die Mehrheit der Fraktion noch immer mehr die zu ihr zählende Arbeiterschaft zu durchdringen suchen. Dieser Geist ist der beste Schild gegen das Treiben der Haase und Genossen. Auch im Industriegebiet hat man in jüngster Zeit ein mannhaftes deutsches Wort gehört. Als der englische Handelsminister Runciman im englischen Unterhause der deutschen Industrie und dem deutschen Handel auch nach dem Kriege eine möglichst große Vahmlegung angekündigt hatte, antwortete auf diese englische Drohung das Blatt des deutschen Textilarbeiterverbandes, die Textilarbeiterzeitung:

Wenn Englands Regierung wirklich so verblendet ist, um zu glauben, Deutschlands Zukunft so gestalten zu können, wie es der englische Handelsminister verkündigen zu müssen glaubte, dann möge sie sich nur nicht die Zeit lang werden lassen. Wenn das deutsche Volk nur zu wählen hat zwischen einer so verkümmerten Existenz, wie sie ihm der englische Handelsminister nach dem Kriege zugebacht hat, und der Existenz, die es im Kriege führen muß, dann würde es sich sicher für die Existenz im Kriege entscheiden und kämpfen, um zuzuhelfen zu machen solche Pläne der Habsucht, wie sie Runciman geschmiedet hat.

Die in Bochum erscheinende Bergarbeiterzeitung, das Blatt der freien Gewerkschaft der Bergarbeiter, gab diese Antwort wieder mit der Erklärung: „Diese Antwort unterschreiben wir.“ Bleibt dieser Geist wach, und die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion kann ihr Teil dazu beitragen, dann werden die Bäume der radikalen Minderheit auch im Industriegebiet nicht in den Himmel wachsen.